



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Christoph Skutella, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Kommunen nicht alleine lassen – zugesagte RZWas-Förderungen unverzüglich auszahlen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zugesicherte Fördergelder für Maßnahmen innerhalb der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben 2021 (RZWas 2021) schnellstmöglich auszuzahlen. Ausbleibende Zahlungen wären für die betroffenen Gemeinden gerade in den heutigen Zeiten eine unzumutbare finanzielle Belastung.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, der langfristigen und ausreichenden Finanzierung der RZWas als Förderinstrument in den Entwürfen des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) hohe Priorität einzuräumen.

Begründung:

Die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) erfreuen sich seit ihrer Einführung bei den Gemeinden Bayerns einer großen Beliebtheit. Über das Förderinstrument können vor allem finanzschwache Kommunen über die Härtefallförderung Zuwendungen für die Sanierung ihrer (Ab-)Wasserleitungen beantragen.

Umso schlimmer wiegt es nun, dass zugesicherte und für das Haushaltsjahr 2022 eingeplante Fördermittel nicht ausgezahlt werden. Aufgrund der unerwarteten hohen Nachfrage wären sämtliche Mittel bereits verbraucht, so das StMUV. Dieser unerwartete Schritt lässt viele bayerische Gemeinden im Regen und vor einem größer werdenden Schuldenberg stehen.

Es ist zu befürchten, dass die Kommunen notwendige Sanierungen an ihrem Verbundnetz aufgrund der Verunsicherung verschieben. In Zeiten des Klimawandels und notwendiger Anpassungen kann der Freistaat ein solch dringliches Thema jedoch nicht auf die lange Bank schieben. Es gilt, so bald wie möglich ausreichend Mittel bereitzustellen, die auch zuverlässig ausgezahlt werden. Im kommenden Haushaltsentwurf muss das Förderprogramm mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet sein, gerade in Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels und der Klimaanpassung.

Abgesehen von der Auszahlung der zugesicherten Fördermittel muss die Staatsregierung den Vertrauensverlust bei den Kommunen korrigieren. In einem gegenseitigen Vertrauens-, aber auch Abhängigkeitsverhältnis kann es nicht sein, dass ein Partner Zusagen zur Auszahlung von Fördergeldern plötzlich fallen lässt.